

COP 20 in Lima – viel Arbeit für Paris noch offen

Die Chance auf mutige Schritte wurde auf dem Klimagipfel in Lima verpasst

Die Voraussetzungen für die 20. UN-Klimakonferenz in Lima waren eigentlich nicht so schlecht: Beim Ban Ki-Moon-Klimagipfel in New York diesen September hatten sich zahlreiche Staaten motiviert gezeigt, Klimaschutz zu einem wichtigen Thema zu machen und sich dafür einzusetzen. Weltweite Demonstrationen zeigten das Interesse der Zivilbevölkerung, die Klimagerechtigkeit und eine Energiewende fordert. Im Herbst beschloss die EU ihre Klimavorgaben für 2030 und im November hatten die USA und China gemeinsam ihre Klimaziele für die Zeit nach 2020 angekündigt. Viele Länder – Österreich war leider nicht darunter – gaben bereits im Vorfeld der Konferenz ihre finanziellen Zusagen zum Green Climate Fund bekannt.

Leider konnte auf der Konferenz diese positive Stimmung nicht genutzt werden, um mutige Schritte in Richtung eines fairen, verbindlichen Klimavertrags zu setzen. Grundvoraussetzung für effizienten Klimaschutz sind Kriterien, an Hand derer die Treibhausreduktionszusagen der einzelnen Staaten verglichen und auf Fairness geprüft werden können. Weiters muss ein Mechanismus gefunden werden, die Erreichung dieser Ziele zu überprüfen, gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen und Rückschritte auszuschließen. Nicht zuletzt muss vor allem für die ärmsten Länder genug Geld zur Verfügung gestellt werden, um wirkungsvollen Klimaschutz betreiben zu können.

Gemessen an diesen Vorgaben konnte die Konferenz nur ein sehr schwaches Ergebnis erzielen, das viel weitere Verhandlungsarbeit ins nächste Jahr verschiebt. Die Staaten müssen bis Mitte 2015 ihre Klimaziele für die Zeit nach 2020 bekanntgeben, die auch gewissen Kriterien entsprechen müssen. Wobei sich die Teilnehmer nicht auf einen internationalen Überprüfungsprozess einigen konnten. Auch können die Staaten die Bemessungskriterien für ihre Klimaziele selbst festlegen, sowohl hinsichtlich der wissenschaftlichen Grundlagen für die Berechnung als auch des Maßstabs von Fairness und Gerechtigkeit. Somit wird es ungleich schwieriger, die Nennung zu bewerten und einen internationalen Vergleich durchzuführen.

Auch bei der Finanzierung erhofften sich Klimaschützer konkrete Schritte, wie die bereits in Kopenhagen zugesagten 100 Mrd. US-Dollar jährlich ab 2020 zur Verfügung gestellt werden können. Für Entwicklungsländer ist es ohne diese Zusagen viel schwieriger, ihre Klimaziele zu definieren, da die Erreichung derselben genau von dieser Unterstützung stark abhängt. Zwar ist es gelungen den Green Climate Fund mit 10,2 Mrd. US-Dollar zu befüllen, was bedeutet, dass erste Klimaschutzprojekte schon 2015 genehmigt werden können, aber man ist noch weit entfernt in Summe 100 Mrd. US-Dollar bis 2020 aufzubringen. Österreich hat mit 25 Mio. US-Dollar und der Ankündigung einer Aufstockung auf 50 Mio. US-Dollar einen vergleichsweise sehr niedrigen Beitrag geleistet.

Für die nächste Konferenz in Paris ist es unerlässlich, ein System zur wissenschaftlichen Überprüfung der Klimaziele zu etablieren und auch eine Bewertung im Sinne der Gerechtigkeit zu finden, damit jede Nation verpflichtet wird, die Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen, die ihren Fähigkeiten und ihrem Entwicklungsstand entspricht.

Für die Vertreter der Zivilgesellschaft wird es in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe sein, den Druck auf die Politik zu verstärken und höchste Priorität für Klimaschutz einzufordern. Nur durch die Zusammenarbeit aller, die sich für Klimaschutz einsetzen und gemeinsame Mobilisierung der Kräfte wird der politische Wille konkrete Maßnahmen festzuschreiben zu erreichen sein, der in Lima gefehlt hat.